



# Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Ausgabe 1/1987

22. Jahrgang

## Der mittlere technische Dienst hat eine Zukunft

Seite 2

**Gibt es Techniker  
bei der DBP?**

Seite 3

**MgF-Gespräch  
im BPM**

Seite 4

**Wir gratulieren**

Seite 4

**Änderung der  
Aufgabenverteilung**

Seite 4

**Aus den Bezirken**

Bezirk Saarland  
Bezirk Rheinland  
Bezirk Hessen

Seite 3

**Dieser Ausgabe ist ein  
Fragebogen des Arbeits-  
kreises „Junge Beamte“  
beigefügt**



Siemens-Pressfoto

Seit der Einführung des Protokoll-Testers K1195 vor zwei Jahren ist die Entwicklung auf dem Gebiet der Protokollanalyse gekennzeichnet durch ständig wachsende Test-Software – speziell für ISDN. Selbst die bisher im K1195 verfügbare Arbeitsspeicherkapazität von 768 kbyte reicht für die neueren Testprogramme für ISDN nicht mehr aus. Siemens hat sich deshalb jetzt entschlossen, den Protokoll-Tester K1195 standardmäßig mit einem 1,5 Mbyte-Arbeitsspeicher – bei gleichem Preis – zu liefern. Früher gelieferte Geräte können nachgerüstet werden.

## Der mittlere technische Dienst hat eine Zukunft

Im Jahre 1876 wurde der erste Telegraphenmechaniker bei der Deutschen Reichspost eingestellt und 14 Jahre später, 1890, wurden weitere 19 Planstellen für Telegraphenmechaniker bewilligt. 1920 brachte eine Besoldungsordnung neue Amtsbezeichnungen: Telegraphenwerkführer und Telegraphenwerkmeister. Als Spitzenstellung des mittleren technischen Dienstes wurde 1922 der Telegraphenoberwerkmeister (vergleichsweise in der BesGr A 7) geschaffen. Etwa 1925 wurden bei der Deutschen Reichspost die Ausbildungsberufe Telegraphenhandwerker / Telegraphenbauhandwerker eingeführt und 1927 dem mittleren Dienst durch eine Besoldungsneuordnung angepaßt. Diese Neuordnung hatte Bestand, bis etwa Mitte der 50er Jahre der Ausbildungsberuf des Fernmeldehandwerkers verordnet und in seiner heutigen Form aufgrund des Berufsbildungsgesetzes 1972 geregelt wurde. Die Ausbildungsinhalte dieser Berufe konnte man in all den Jahren den betrieblichen Erfordernissen angleichen.

Mit der Einführung neuer moderner Techniken entspricht der Fernmeldehandwerkerberuf – dessen Ausbildung auf den Stand der damaligen Technik festgeschrieben ist – nicht mehr den heutigen Anforderungen.

Ab dem neuen Ausbildungsjahr 1987/88 wird die Berufsausbildung zum Fernmeldehandwerker bei der Deutschen Bundespost beendet und durch den Beruf „Kommunikationselektroniker – Fachrichtung Telekommunikationstechnik“ ersetzt.

Mit der Änderung des Berufsbildes Fernmeldehandwerker / Kommunikationselektroniker steht der mittlere technische Dienst wieder einmal im Mittelpunkt struktureller Veränderungen. Bedingt durch die Einführung moderner Techniken einerseits und der Anpassung des Ausbildungsberufes andererseits ist die Änderung der Laufbahnen des mittleren technischen Dienstes eine logische Folgeerscheinung. Wenn sich Eingangsvoraussetzungen ändern, müssen zwangsläufig die Nachfolgestrukturen angepaßt, das heißt verändert werden.

Schon in den vergangenen zwei Jahren war eine befristete Änderung der Eingangsstufe zum BFT-Dienst in Kraft. Diese Regelung endet, nach einer einmaligen Verlängerung um 6 Monate, am 30. 6. 1987. Die Frage nach einer für uns gerechten Aufteilung von Leistung und Gegenleistung (sprich Beteiligung am finanziellen Gewinn) ist damit wieder akut.

Die verstärkte Durchführung des Verwendungsaufstieges darf bei diesem Thema nicht als „Fürsorge“ für den mittleren technischen Dienst angesehen werden. Der Verwendungsaufstieg hat einzig und allein die Aufgabe, den Ingenieurmangel bei der DBP zu reduzieren. Dennoch müssen die dahinterstehenden Werte und Wertentscheidungen für die mittlere technische Laufbahn beachtet werden.

Die von den Aufsteigern frei gewordenen Dienstposten müssen wieder besetzt werden: Das ergab im vergangenen Jahr rund 450 Aufstiegsmöglichkeiten in jeder Besoldungsgruppe. **Unmißverständlich bedeutet dies 450 Beförderungsmöglichkeiten von A 8 nach A 9 / A 9 Z, 450 Beförderungsmöglichkeiten von A 7 nach A 8 usw. bis hin zu 450 Anstellungsmöglichkeiten für Dienstanfänger.** Daß im vergangenen Jahr die Beförderungen nicht immer zu Neuein-

stellungen führten, lag an den noch nicht realisierten Sozialplänen. Kollegen, die auf diesen Plänen geführt wurden, haben dadurch wieder einen vollbewerteten Dienstposten erhalten.

Die Kollegen „Aufsteiger“ haben also nicht nur für sich selbst, sondern der ganzen Laufbahn nach oben „Luft geschaffen.“ Nur am Rande – weil die Satzung unserer Vereinigung dies schon immer aussagt – sei erwähnt, daß die Kollegen, soweit sie Mitglied der VDFP sind, auch Mitglied bleiben und sich dadurch weiterhin mit unseren Vorstellungen solidarisch erklären.

Wir aber müssen die Leistungsbereitschaft der Kollegen anerkennen, denn von anderen Seiten wird den sogenannten „Aufsteigern“ – und damit uns allen – diese Möglichkeit genügend vergällt. In Publikationen des VDPI (hier: Heft 2/86) ist u. a. nachfolgende Aussage zu lesen:

*„Es zeichnet sich bereits ab, daß die Funktionsfähigkeit des mittleren technischen Dienstes durch die forcierten Aufstiegsmaßnahmen beeinträchtigt wird. Das überzogene Abschöpfen der besten und erfahrensten Kräfte führt zu einem spürbaren Substanzverlust mit allen seinen negativen Folgen für das Image und die Leistungsfähigkeit der DBP.“*

Wohlgermerkt, diese Aussage gehört zu einem Artikel, der sich u. a. mit den Verwendungsaufsteigern des mittleren technischen Dienstes befaßt. Man kann bei dieser Betrachtung des VDPI nur den Eindruck erhalten, daß hier eine gewollte Diskriminierung herbeigeführt werden soll.

**Immerhin ist es beachtenswert, daß nach Aussagen des VDPI das Fehlen von 450 BFT-Kräften für das Image und die Leistungsfähigkeit der DBP negative Folgen bringt.**

Im Gegensatz zum CFT-Dienst können die 450 freigewordenen BFT-Dienstposten aus eigenen Reihen wieder besetzt werden. Nicht so ist es mit den über 2000 unbesetzten CFT-Dienstposten; hier fehlt aufgrund der schlechten finanziellen Einstiegsmöglichkeiten der Nachwuchs. Der BFT-Dienst ist es, der hier, wie schon so oft, weiterhelfen muß; gerade wegen dem Image und dem Leistungsverlust der DBP durch den großen Fehlbestand an CFT-Kräften.

Bei der DBP sind der mittlere und der gehobene technische Dienst in den gleichen Arbeitsgebieten tätig. Und sie haben in der Bewertung die gleichen Probleme. Die Forderungen beider Berufsgruppenvertretungen können daher nur lauten: **Verbesserung der Einstiegsvoraussetzungen und Anhebung der End- oder Spitzenstellungen.**

Die Transparenz zwischen beiden Laufbahnen muß gelockert werden, sei es durch die von der VDFP seit Jahren geforderte Technikerlaufbahn für den mittleren technischen Dienst oder einfach durch Einführung einer Sonderlaufbahn.

Bestand als Laufbahn des mittleren technischen Dienstes werden wir in jedem Falle nur dadurch haben, daß wir besser sind, schneller reagieren und ein besseres Image haben als die Techniker der Industrie. Dabei sagt doch die geforderte Berufsbezeichnung Fernmeldetechniker wenig aus; die Anerkennung durch entsprechende Einstufung im Besoldungsgefüge ist die anzustrebende Lösung für die Zukunft.

W. Hörle

\*\*\*

## Gibt es Techniker bei der DBP?

Der Parlamentarische Staatssekretär im BPM, Wilhelm Rawe, machte in einem Interview in der ZPF, Ausgabe 7/86, zu dem Thema „Die Post hat Zukunft“ die Aussage, daß bei der Personalwerbung seit langem die Techniker und Ingenieure ein Problem sind. Der Bundesvorstand bat Staatssekretär Rawe um nähere Erläuterung des Begriffs Techniker, da nach unseren Erkenntnissen bei der DBP keine Techniker beschäftigt werden.

*„In dem von Ihnen angesprochenen, in der ZPF Nr. 7 vom 25. 7. 86 veröffentlichten Interview „Die Post hat Zukunft“ wurde allgemein auf das Problem der Nachwuchsgewinnung im fernmeldetechnischen Dienst hingewiesen. Mit dem dabei verwendeten Sammelbegriff „Techniker“ sollte der Personenkreis der Beamten und Arbeitnehmer näher umrissen werden, der auf Personalposten des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes beschäftigt bzw. zur Wahrnehmung dieser Aufgaben benötigt wird. Eine darüber hinausgehende Aussage war damit nicht verbunden. Insbesondere war in diesem Zusammenhang unerheblich, daß aus dem angesprochenen Personenkreis nur wenige Kräfte durch externe Maßnahmen die Vorbildung eines staatlich geprüften Technikers erworben haben.“*

**Somit kann man davon ausgehen, daß alle auf den Personalposten des mittleren technischen Dienstes beschäftigten Kräfte mit dem Sammelbegriff Techniker bezeichnet werden.**

\*\*\*

## Aus den Bezirken

### Bezirk Saarland

Der bisherige Vorsitzende der Bezirksvereinigung Saarland, Edelbert Keller, wurde von den anwesenden Mitgliedern auf der Jahreshauptversammlung der Bezirksvereinigung Saarland am 17. 03. 87 in Saarbrücken wiedergewählt.

Der neue Bezirksvorstand setzt sich für die kommenden zwei Jahre wie folgt zusammen:

1. Vorsitzender	Edelbert Keller
Stellvertretende Vorsitzende	Reinhold Gering und Dieter Jakobs
Kassierer	Rudolf Willie
Schriftführer	Alfred Fontaine

Probleme der Privatisierungspläne bei der DBP wurden nach einem Vortrag in einer lebhaften Diskussion behandelt.

\*\*\*

### Bezirk Rheinland

Die Einführung neuer Techniken bei der DBP und ihre Auswirkungen auf den mittleren technischen Dienst waren einer der Hauptpunkte einer ganztägigen Arbeitstagung der Bezirksvereinigung Rheinland am 07. 01. 87 in Bendorf.

Über die Einführung des Glasfasernetzes wurde nach einem Einführungsvortrag eines DBP-Vertreters eine breite Diskussion geführt.

Nach Auffassung der Bezirksvereinigung Rheinland sollte die Einführung dieser neuen Techniken zügig erfolgen.

\*\*\*

## Bezirk Hessen

Die Vorsitzenden der hessischen Ortsvereinigungen und der Bezirksvorstand der VDFP Hessen trafen sich am 20./ 21. 03. 1987 zu einer Klausurtagung in Dillenburg 5 – Donsbach. Gastgeber war die Ortsvereinigung Gießen.

Unter der Leitung des Bezirksvorsitzenden Helmut Befort haben sich die Vertreter von über 1.200 Mitgliedern der VDFP Hessen vornehmlich mit der angespannten Personalsituation im Fernmeldewesen der DBP beschäftigt.

In der Tagesordnung dieser Klausurtagung wurden folgende Themen behandelt:

- Die Änderung der Einstiegsvoraussetzung in den mittleren technischen Dienst durch Einführung des neuen Ausbildungsberufes „Kommunikationselektroniker – Fachrichtung Telekommunikation“.
- Einführung der digitalen Fernmeldetechnik und deren Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und das Personal.

Mit der Einführung neuer Dienste und Systeme beabsichtigt die DBP auch die innere Struktur der Fernmeldeämter zu ändern, um sie den künftigen Anforderungen anzupassen. Die VDFP Hessen befürchtet, daß mit dieser Maßnahme ein nicht unerheblicher Rationalisierungseffekt auf dem Personalsektor erzielt werden soll.

Eine weitere Maßnahme der Verwaltung war der Anlaß zu umfangreichen Beratungen, nämlich die Verwaltungsanweisung über die Ausbildung zum/r Kommunikationselektroniker/in – Fachrichtung Telekommunikation. Diese Anweisung löst die Ausbildungsordnung zum Fernmeldehandwerker ab. Für die VDFP Hessen stellt sich dabei die Frage, wie die DBP künftig die Heranführung der Kommunikationselektroniker an die Laufbahn des mittleren technischen Dienstes realisieren will.

Zur Lösung der akuten Probleme wurden Arbeitsgruppen mit der Ausarbeitung von entsprechenden Vorschlägen beauftragt. Diese sollen dem VDFP-Bundesvorstand zur weiteren Bearbeitung und zur Grundlage bei BPM-Gesprächen übergeben werden.

---

## Information:

Die „Bekanntmachung eines Auszuges aus der „Verordnung über die Berufsausbildung in den industriellen Elektroberufen und zum Kommunikationselektroniker/zur Kommunikationselektronikerin im Bereich der Deutschen Bundespost“ und einer Verwaltungsanweisung über die Ausbildung zum Kommunikationselektroniker/zur Kommunikationselektronikerin – Fachrichtung Telekommunikationstechnik – bei der Deutschen Bundespost“ finden Sie im Amtsblatt Nr. 28 vom 5. 3. 1987.

## MgF-Gespräch im BPM

Der MgF-Arbeitskreis beim Bundesvorstand führte unter Leitung des Bundesvorstandsmitgliedes Hans Maier im November 1986 ein Gespräch im BPM.

Grundlage dieses Gespräches waren die Aufhebung der Festschreibung bei den DSt MgF, vorgesehene Reduzierung von Kräften bis 1995 sowie die vorgesehene Neubemessung für 1987.

Die wichtigsten Punkte des MgF-Gespräches waren:

1. Aufgaben der Montagegruppenleiter
2. Prüftätigkeiten im Zuge von Montagetarbeiten
3. Aufgaben des MA BFt
4. Strukturelle Unterschiede der DStn MgF im Bundesgebiet
5. Bemessung und Bewertung

Interessierte Kollegen können bei den Bezirksvorständen das ausführliche Protokoll des MgF-Gespräches anfordern.

★★★

## Änderung der Aufgabenverteilung

Die Koordinatoren der Arbeitskreise beim Bundesvorstand wurden wie folgt geändert:

Arbeitskreis	
Fus, FuÜ, FeÜ	Koll. Berger
DIV, SPC, Dv	" Kimminus
Mt, Pt, BBi	" Haas
PIL, BvL, BBz	" Mager
BF, PIF, MgF	" Maier
DE, DÜ	" Gering
TVerb, FA Zukunft	" Roschkowski
Laufbahn	" Behrend
Junge Beamte	" Berger
FeV, Sv	" Klug
FeE	" Rieger
Werbung und Information	" Rieger
Versorgung	" Fischer/Behrend

Anschrift

## Wir gratulieren!

Am 3. Februar 1987 feierte unser Kollege Rudolf Klein seinen 85. Geburtstag.



Foto: L. Glaser

Rudolf Klein ist einer der Mitbegründer der VDFP und nimmt als Ehrenschriftführer noch aktiv und regelmäßig an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil.

Für seine Verdienste wurde ihm 1984 vom Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, Günther Metzger, die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht.

Seine Freizeit verbringt der Jubilar am liebsten zwischen seinen Büchern oder er genießt die Melodien alter und neuer Meister seines Plattenarchivs.

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. – Der Bundesvorstand · Postfach 10 22 25, 6000 Frankfurt/Main 1

Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH, Am Hermannsberg 5, 7768 Stockach

Bezugspreis: DM 1,60 – für die Mitglieder durch den Beitrag abgegolten. Die Zeitung erscheint vierteljährlich.

Verantwortliche Redakteure:

Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt 50, Tel. (069) 57 16 55; Werner Zok, Am Krausenbaum 5, 4040 Neuss 1. Tel. (0211) 44 90 751; Kurt Wetzlar, 6236 Eschborn, Tel. (06196) 48 21 21, Mo. u. Mi. bis Fr. v. 9.00 bis 10.00 Uhr.

Abschlußredaktion: W. Hörle

Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP oder der Redaktion dar.

★ **Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 27. 05. 1987** ★



# Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Ausgabe 2/1987

22. Jahrgang

## Stellungnahme der Parteien zur Neuordnung des öffentlichen Dienstes

Seite 2

### Bezirksvorständetreffen in Königswinter

Seite 2

### Neuer Ausbildungs- beruf – wo sind die Ausbilder?

Seite 2

### Bericht der Regierungs- kommission Fernmelde- wesen

Seite 2

### ISDN – das Netz der Zukunft

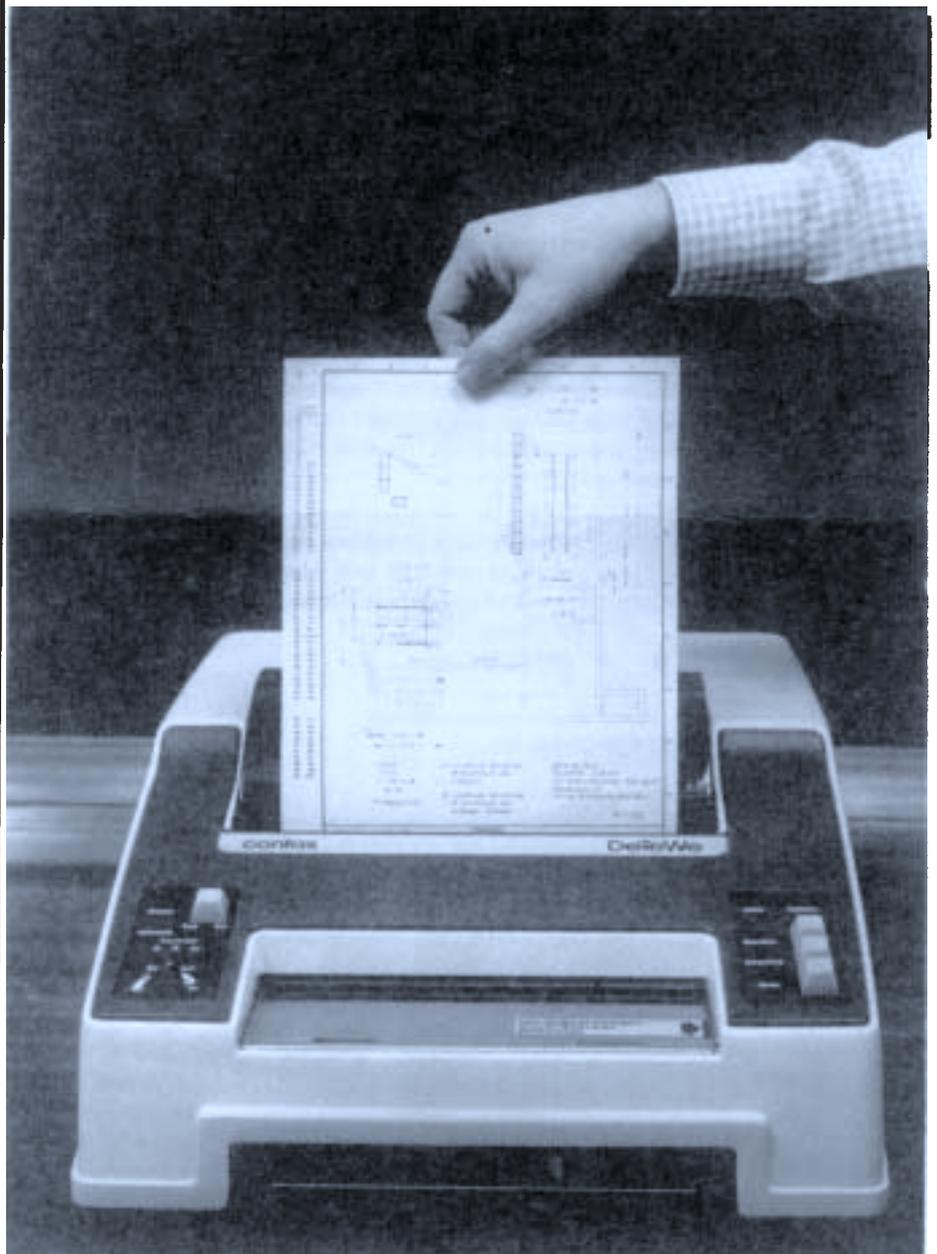
Seite 3

### Aus den Bezirken

Bezirk Rheinland Seite 4  
Bezirk Hessen Seite 5

### Aus den Arbeitskreisen

AKr Dv Seite 5  
AKr Versorgung Seite 6



Werkfoto: DeTeWe

#### Kopie per Telefon:

Für automatischen Empfang ist der Fernkopierer „confax“ von DeTeWe eingerichtet, der jetzt vorgestellt wurde. Das Halbduplex-Flachbettgerät entspricht den Anforderungen von Gruppe 2 der CCITT-Empfehlungen und überträgt eine DIN A 4 - Seite in drei Minuten.

Über das normale Fernsprech-Wählnetz kann man auf diese Weise weltweit Dokumente, grafische Darstellungen, Notizen und sogar Fotos übertragen.

## Stellungnahme der Parteien zur Neuordnung des öffentlichen Dienstes

Der Deutsche Bundestag hatte im November 1985 die Bundesregierung aufgefordert, bis zum Herbst 1986 einen „Bericht zur strukturellen Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechtes“ vorzulegen. Dieser Bericht wurde leider immer erneut herausgezögert. Der Bundesinnenminister hat dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages vor kurzem mitgeteilt: „Der Entwurf des Berichts zur strukturellen Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechtes ist am 26. 5. 1987 in der aus Sachverständigen bestehenden Besoldungskommission des Bundes und der Länder erörtert worden und wird nunmehr mit den Bundesressorts abgestimmt. Der Bericht wird voraussichtlich noch im August vorgelegt werden“.

Der Bundesvorstand hatte deshalb alle im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen schriftlich um eine Stellungnahme gebeten. In ihrem Antwortschreiben „geht“ die **CDU/CSU-Fraktion** „davon aus, daß dabei auch der mittlere technische Dienst bei der DBP berücksichtigt wird“. „Der Strukturbericht soll die im Dienstrecht entstandenen Verzerrungen und Lösungsvorschläge hiezu aufzeigen“.

Diese Aussage wird in ihrer Dürftigkeit von der **SPD-Bundestagsfraktion** nicht übertroffen. Wir hatten um eine Stellungnahme zu einer vorgesehenen Neuordnung des öffentlichen Dienstes, unter besonderer Berücksichtigung des mittleren technischen Dienstes bei der DBP gebeten. Die SPD-Bundestagsfraktion beantwortet unsere Frage mit einer „weitschweifigen“ Stellungnahme zur sozialen Sicherung der Beamtenanwärter gegen Arbeitslosigkeit und Hinweise auf den § 55 Beamtenversorgungsgesetz.

**Die VDFP kann diese nichtssagenden Antwortschreiben der beiden großen „Volksparteien“ nicht akzeptieren und wird deshalb alle Fraktionen erneut um Stellungnahme bitten.**

★ ★ ★

## Bezirksvorständetreffen in Königswinter

Die VDFP veranstaltet am 23./24. 10. 1987 ihr diesjähriges Bezirksvorständetreffen. Am ersten Tag findet eine Podiumsdiskussion zum Thema „Sind die Laufbahnstrukturen bei der DBP im Hinblick auf neue Techniken noch zeitgemäß?“ statt.

Von den Bundestagsparteien haben bisher die **CDU/CSU** und **DIE GRÜNEN** eine Teilnahme an der Podiumsdiskussion zugesagt.

★ ★ ★

## Neuer Ausbildungsberuf – wo sind die Ausbilder?

Zum Beginn des Ausbildungsjahres 87/88 führt die DBP den neuen Ausbildungsberuf „Kommunikationselektroniker der Fachrichtung Telekommunikationstechnik“ (**Ke(n)-Tkt**) ein. Der Arbeitskreis BBi der VDFP sieht einen geregelten Ausbildungsbetrieb zur Zeit noch nicht gewährleistet. Neben den noch unzureichenden Raumangeboten und

dem verspäteten Beschaffen von Werkzeugen und technischen Ausstattungsgegenständen sieht der Arbeitskreis ein Hauptübel in den fehlenden Zeitanätzen für fachpraktische Vorbereitung der Ausbilder.

Während der Ausbilder im bisherigen Ausbildungskonzept Fachmann in einem bestimmten Bereich sein mußte, fordert das neue Ausbildungssystem mit der Einführung einer multifunktionalen Werkstatt auch den multifunktionalen Ausbilder. Um den bekannt hohen Ausbildungsstandard der Deutschen Bundespost weiterhin zu gewährleisten, ist es zwingend notwendig, zusätzliche Dauervertreterposten (DVp) zu schaffen, damit eine geordnete Fort- und Weiterbildung der Ausbilder durchgeführt werden kann.

Zudem wirkt es für die Ausbilder nicht gerade motivierend, daß bei den erhöhten Anforderungen keine Verbesserung der Bewertung in Sicht ist und die Beförderungsmöglichkeiten in den DSt BBi auf Jahre hinaus blockiert sind. Wir fordern daher eine Änderung der Bewertung der BFt/BPt Dp in den DSt BBi

von bisher	A 7	:	A 8	:	A 9
	40	:	42	:	18
nach	A 7	:	A 8	:	A 9
	20	:	52	:	28

W. Zock

★ ★ ★

## Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen

Die Regierungskommission Fernmeldewesen wurde vor zwei Jahren von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling berufen. Sie besteht aus 12 Mitgliedern (Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft) und soll Empfehlungen ausarbeiten, die zur Verbesserung der technischen Entwicklung in der Telekommunikation sowie zum Wettbewerb dienen.

Das Ergebnis dient als Vorlage für Gesetzentwürfe, die noch in der laufenden Legislaturperiode realisiert werden sollen.

Der Anfang Juni 1987 von der Kommission vorgestellte Entwurf soll bei Diensten und Endgeräten im Fernmeldewesen sowie bei den Netzen einen Wettbewerb ermöglichen. Die DBP soll nur noch die „reine Sprachübermittlung“ als Monopol behalten. Alle anderen Fernmeldedienste, wie z. B. Bildschirmtext oder Datenübertragung, sollen auch von privaten Anbietern realisiert werden.

Auf dem Gebiet der Endgeräte sollen neben der DBP auch private Anbieter auftreten. Der Teilnehmer soll die Möglichkeit erhalten, seinen Telefonapparat ohne Einschränkung in privaten Telefonläden zu kaufen. Einschränkung sagt die Kommission dazu aus, daß diese Endgeräte von einer noch zu gründenden unabhängigen Zulassungsbehörde genehmigt sein müßten.

Bei den Übertragungseinrichtungen soll die DBP vorerst noch alleiniger Betreiber bleiben. Sollte jedoch der Markt sich nicht befriedigend entwickeln, kann die Bundesregierung konkurrierende Netze zulassen. Weiterhin vertritt die Kommission die Auffassung, daß eine Trennung von Post und Fernmeldewesen sich am Beispiel der Bundesbahn

orientiert. Wie der reine Schienenbetrieb der Bundesbahn sollen beide Betriebsteile jeweils ein eigenständiges öffentliches Unternehmen mit eigenem Vorstand werden. Das bestehende Bundespostministerium soll nur noch ein „organisatorisches Dach“ mit ausschließlich hoheitlichen Aufgaben bilden.

Die Trennung in die Bereiche Post und Fernmeldewesen beinhaltet, daß die bestehenden Defizite im „gelben Dienst“ nicht mehr mit den Überschüssen aus dem Fernmeldebereich ausgeglichen werden. Nach Aussage der Kommission muß eine Trennung der Bereiche erfolgen, da die Wirtschaft um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit bangt.

★ ★ ★

## ISDN – das Netz der Zukunft

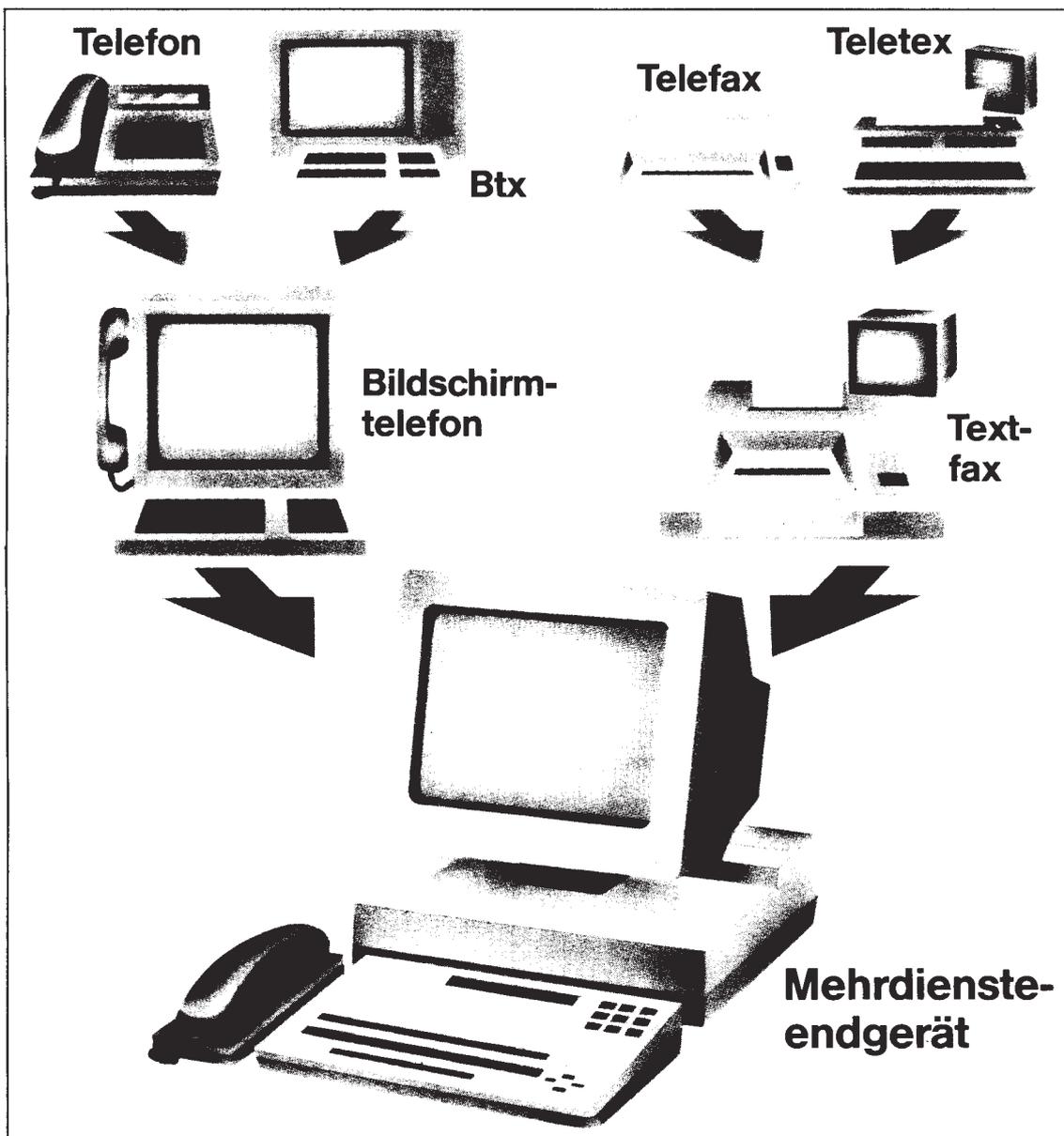
Die Jahrtausendwende läßt zwar noch auf sich warten, obwohl in der Telekommunikation bereits ein neues Zeitalter begonnen hat. Gerade die Technik im Bereich der Kommunikationsdienste entwickelt sich rasend. Sie kann nur dann

genutzt werden, wenn die Fernmeldeämter für ihren Gebrauch gerüstet sind. Das „Fernmeldeamt von morgen“ für die „Aufgaben von morgen“; welche Veränderungen bringt es für die Beschäftigten?

Fernmeldedienstleistungen werden derzeit in verschiedenen Netzen angeboten: Fernsprechnet, Datexnetz mit Leitungsvermittlung, Datexnetz mit Paketvermittlung, GEN-TEX-Netz und Direktrufnetz.

Diese Netze werden bald der Vergangenheit angehören. Mit der Einführung des zunächst schmalbandigen, diensteintegrierendes digitalen Fernmeldenetzes, kurz **ISDN** genannt (Integrated Services Digital Network), besteht nach Einbeziehung der Teilnehmeranschlußleitung in die Digitalisierung die Möglichkeit, verschiedenartige Dienste gleichzeitig über eine doppeladrigte Anschlußleitung abzuwickeln.

Mit den neuen Diensten ist natürlich auch eine Weiterentwicklung der Endgeräte verbunden. Das **ISDN** wird es in Zukunft möglich machen, verschiedene Kommunikationsarten gleichzeitig zu benutzen, da sich an die Anschlußdose verschiedene Endgeräte anschließen lassen.



Quelle: DeTeWe – teletechnik März 1987

Der DBP bringt dies zwei Vorteile, sie kann ihren Kunden einen **maßgeschneiderten Service** anbieten und sie braucht nur noch **ein Netz** zu betreiben.

Die derzeitige Organisation der Fernmeldeämter kann jedoch den vorgenannten Anforderungen nicht gerecht werden.

Derzeit sind Fernsprechnetze, technische Einrichtungen und Endeinrichtungen folgenden Aufgabengruppen zugeordnet: Fernmeldebezirk (BBz), Fernsprechübertragungsbetrieb (FeÜ), Fernleitungsstelle (FI), Technisches Betriebsbüro (Tb), Fernsprechvermittlungsbetrieb (FeV), Fernmeldestromversorgung (Sv), Datenentstörung (DE), Fernsprechentstörung (FeE), Datenübermittlungsbetrieb (DÜ) und Bildschirmtextbetrieb (Btx).

Die Abgrenzung dieser Aufgaben ist historisch gewachsen und orientiert sich an den Kriterien „**Dienstleistung**“ und „**Funktion der Technik**“.

Eines der wirkungsvollsten Verkaufsargumente für den Fernmeldebereich ist ein gut funktionierender Kunden-

dienst. Hierbei interessieren den Kunden die innerbetrieblichen Arbeitsabläufe eines FA nur am Rande.

Zur Zeit gibt es für Störungsmeldungen noch **keine** einheitliche Anlaufstelle für alle Kunden; noch haben wir für die verschiedenen Teilnehmer-Einrichtungen unterschiedliche Störungsannahmestellen.

Diese bestehende Organisationsform muß geändert werden. Störungen bei Telefon, Teletex usw. müssen künftig von einer Aufgabengruppe wahrgenommen werden, da sämtliche Betriebsaufgaben, Dienstleistungen und Gütesicherungen in einer Hand bleiben müssen. Diese Aufgaben übernimmt die DSt TK (Technischer Kundendienst), dazu gehören:

Errichten und Betreiben der technischen Einrichtungen beim Teilnehmer (auch Schalten der ASL)

Betreiben der technischen Einrichtungen zwischen VSt und Teilnehmer (auch Schalten der ASL)

J. Riege

---

## Aus den Bezirken

### Bezirk Rheinland

#### Delegiertenversammlung der VDFP Rheinland am 26. 5. 1987 in Koblenz

Der Delegiertentag der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V., Bezirksvereinigung Rheinland, wählte zum neunten Mal in ununterbrochener Reihenfolge Andreas Damian zum Bezirksvorsitzenden. Seine Stellvertreter, Wilhelm Kick (Trier) und Dieter Kimminus (Simmern), wurden ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung im Koblenzer Kolpinghaus standen die Unternehmensziele der Deutschen Bundespost und das neue Berufsbild für den Kommunikationselektroniker.

Die Sachzusammenhänge wurden von einem Referenten des Bundespostministeriums vorgestellt:

Danach hat für die Deutsche Bundespost der Ausbau der Massenmedien in allen technischen Formen über Kabel und Satellit die Priorität. Die Digitalisierung der Nachrichtensysteme gehe jetzt von der Einführungs- in die Anwendungsphase und biete dem Kunden über vereinheitlichte „Netzwerke“ preisgünstige Möglichkeiten für die Anwendung und Ausnutzung der Telekommunikationstechniken in hoher Güte.

In der postalischen Verwaltung gelte es jetzt, daraus die organisatorischen Konsequenzen zu ziehen und die Aus- und Fortbildung des Personals diesem technischen Wandel anzupassen. In dem ab 1987 ausgebildeten Beruf des Kommunikationselektronikers wird die Methodik des Lernens auf Qualifikation, Verantwortungsbereitschaft und Kommunikationsfähigkeit – weniger auf handwerkliche Fertigkeit – abgestimmt sein. Dabei werde besonderer Wert auf die Ent-

wicklung der persönlichen Fähigkeiten gelegt. Der Berufsabschluß werde in die industriellen Elektronikberufe integriert.

In der Diskussion und in Anträgen befaßten sich die Delegierten mit dem hohen Rationalisierungseffekt der neuen Technik sowie mit den Berufserwartungen im Bereich der Beschaffung und Instandsetzung der technischen Kommunikationseinrichtungen.

★ ★ ★

#### Arbeitstagung der Bezirksvereinigung Rheinland am 30. 6. 1987 in Bendorf

##### Vorzeitiger Personalabbau gefährdet Dienstgüte

Der Bezirksvorstand Rheinland der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. (VDFP) stellte auf einer Arbeitstagung im Bendorfer Hotel „Rheinblick“ die Forderung, daß bei Einführung neuer Technologien im Bereich des Fernmeldewesens kein voreiliger Personalabbau erfolgen dürfe.

In einem Antrag an den Bundesvorstand begründen dies die Techniker mit der Erkenntnis, daß spätestens zum Zeitpunkt des Wirkbetriebes bisheriger technischer Neuerungen auch seitens der Verwaltung festgestellt wurde, daß der in der Planung festgesetzte Personalansatz für die Betreuung und Instandhaltung nicht ausreichte.

Nach Auffassung des Bezirksvorsitzenden Andreas Damian muß erreicht werden, daß nur mit Planungsvorhaben begründete Vorabverringerungen des Personals zukünftig unterbleiben. Die jetzt anerkannte hohe Dienstgüte der Fernmeldeleistungen der DBP dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden.

★ ★ ★

## Bezirk Hessen

### Bezirksvorstandssitzung mit anschließender Informationsveranstaltung

Im neuen Dienstgebäude des FA Wiesbaden trafen sich am 21. 5. 87 die Mitglieder des VDFP-Bezirksvorstandes Hessen zu einer Arbeitstagung.

Nach der Eröffnung der Sitzung und der Begrüßung der anwesenden Kollegen berichtete der Bezirksvorsitzende Helmut Befort von den Aktivitäten des Vorstandes seit der letzten Sitzung am 20. / 21. 03. 87. Dabei erwähnte er unter anderem:

- Die Arbeiten zur Vorbereitung der Arbeitstagung der Bezirksvorstände am 23. / 24. 10. 87 in Königswinter.
- Das Gespräch mit dem Vizepräsidenten der OPD Frankfurt, Herrn Dipl.-Ing. Stingel, am 7. Mai 1987. Bei diesem Gespräch, an dem neben Helmut Befort die VDFP-Kollegen Paul Heil und Walter Maul teilnehmen, wurden u. a. die Themen „Aktuelle Situation zum 'FA Zukunft' in Ffm“, „Verwendungsaufstieg 1986/87“ und „Situation auf dem BK-Sektor“ eingehend behandelt.

In der Aussprache zum Geschäftsbericht wurde das OPD-Gespräch nochmal aufgegriffen. Dabei wurde die Bereitschaft der OPD zu Gesprächen mit der VDFP ebenso hervorgehoben wie die offene, „gemütliche“ Atmosphäre bei den Gesprächen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung begrüßte der Bezirksvorsitzende den Amtsvorsteher des FA Wiesbaden, Herrn Dipl.-Ing. Gerhard Schreyer. Der Amtsvorsteher hieß die Mitglieder des VDFP-Bezirksvorstandes herzlich willkommen und stellte in kurzen Worten das neu erbaute und tags zuvor eingeweihte Fernmeldedienstgebäude des FA Wiesbaden vor.

Bei der Behandlung von Fragen zum Verwendungsaufstieg wurde das Problem „Mitgliedschaft in der VDFP“ erörtert. Die betroffenen Kollegen sollen darüber informiert werden, daß ihre Mitgliedschaft durch den Aufstieg nicht beeinflusst wird. **Laut § 3 der Satzung können diese Kollegen nicht nur in der VDFP bleiben, sie können auch weiterhin aktiv in den Vorständen und Arbeitskreisen der VDFP – in jeder Position – mitarbeiten.**

Im Anschluß an die Bezirksvorstandssitzung fand ab 16.00 Uhr eine Informationsveranstaltung für die BFt-Kollegen des FA Wiesbaden statt.

Nach der Eröffnungsansprache des Bezirksvorsitzenden mit Darlegungen der Aufgaben und Ziele unserer Vereinigung referierte Kollege Walter Maul zum Thema „FA Zukunft“. Nachfolgend sprach Kollege Horst Correas über die „Ausbildung zum Kommunikationselektroniker“.

In seinem Schlußwort zur Informationsveranstaltung dankte Helmut Befort den Kollegen der Ortsvereinigung Wiesbaden und den Vorstandsmitgliedern für die Teilnahme und die interessanten Beiträge zu den Diskussionen.

## Kollege Erwin Wehner im Ruhestand

Unser langjähriges Bundesvorstandsmitglied ist mit Ablauf des 31. Mai 1987 in den wohlverdienten Ruhestand getreten.

Erwin Wehner war insgesamt 48 Jahre im Dienst der Deutschen Bundespost, davon 24 Jahre im Fernmeldetechnischen Zentralamt Darmstadt.



*Der Präsident des FTZ, Dipl.-Ing. Ronald Dingeldey (v. r.), verabschiedet unseren Kollegen Erwin Wehner in den wohlverdienten Ruhestand.*

Der Bundesvorstand und die Redaktion der VDFP-Nachrichten wünschen dem Kollegen Erwin Wehner für seinen „Un-Ruhestand“ Gesundheit und ein langes Leben.

---

## Aus den Arbeitskreisen

*Wie von uns mitgeteilt, war vorgesehen, die Meldungen „Aus den Arbeitskreisen“ in einer Sonderausgabe zusammengefaßt zu veröffentlichen. Die jetzt bekannten Termine haben uns veranlaßt, dieses Vorhaben aufzugeben. Wir berichten, je nach Eingang der von den Arbeitskreisen gefertigten Presse-Notizen für die VDFP-Nachrichten, fortlaufend.*

★ ★ ★

### Arbeitskreis Dv

Mit der zunehmenden Einführung von Dienststellen Dv kommen auch hier für BFt-Kräfte Probleme auf. Dies führte während des letzten Bundesdelegiertentages im November 1986 zur Gründung eines Arbeitskreises Dv.

Wie immer, fehlen auch hier am Anfang fachkundige Mitarbeiter.

Kollegen, die an einer Mitarbeit im VDFP-Arbeitskreis Dv interessiert sind, werden deshalb gebeten, sich mit dem Leiter des Arbeitskreises

Norbert Diekneite  
FA 3 Düsseldorf, DSt Dv  
Hellerbergstraße 35  
4040 Neuss 1

in Verbindung zu setzen.

Zu erreichen ist Kollege Diekneite unter den Rufnummern:

(02101) 100-535 (dienstlich)  
(02101) 3 09 09 (privat).

★ ★ ★

# Arbeitskreis Versorgung

## Versorgungsbezüge und Renten

In der letzten Zeit sind bei der Frage des Zusammentreffens von Versorgungsbezügen (volkstümlich Pension) und Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung Unstimmigkeiten aufgekommen. Der nachstehende Artikel faßt alle aufkommenden Fragen zusammen und versucht, eine Orientierungsübersicht zu geben.

1) Wer neben einer beamtenrechtlichen Versorgung noch eine Rente bezieht, muß mit einer **Kürzung seiner Versorgungsbezüge** rechnen.

Nach § 55 des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) ist in solchen Fällen eine Ruhensregelung vorzunehmen. Diese führt meist zu einem Ruhen der Versorgungsbezüge und damit zu einer Verringerung des Zahlbetrags der Versorgungsbezüge.

Wenn das zugrundeliegende Beamtenverhältnis vor dem 1. 1. 66 begründet worden ist, verbleiben dem Versorgungsempfänger mindestens 20 v. H. seiner Versorgungsbezüge. Der gewährte Ausgleich nach dem 2. Haushaltsstrukturgesetz (2. HStruktG) wird dabei auf den Mindestbelastungsbetrag von 20 v. H. angerechnet.

Zu den Renten, die bei der Versorgung berücksichtigt werden, zählen u. a. die Renten aus der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, der knappschaftlichen Rentenversicherung und der Altershilfe für Landwirte sowie die VAP-Renten.

Zur Zeit werden folgende Renten bzw. Rententeile bei der Ruhensregelung nach § 55 BeamtVG **unberücksichtigt** gelassen:

- Bei Ruhestandsbeamten die Hinterbliebenenrente aus Rechten des Ehegatten,
- bei Witwen und Waisen die Renten aufgrund einer eigenen Tätigkeit,
- Renten, Rentenerhöhungen und Rentenminderungen, die auf einem Versorgungsausgleich nach einer Ehescheidung gemäß § 1587 b des Bürgerlichen Gesetzbuches beruhen,
- Kinderzuschüsse zu den Renten und die entsprechenden Erhöhungsbeträge bei Waisenrenten,
- Rententeile aufgrund freiwilliger Weiterversicherung oder Selbstversicherung sowie Rententeile aufgrund einer Höherversicherung, jedoch jeweils nur, wenn der Arbeitgeber weniger als die Hälfte der Versicherungsbeiträge getragen hat.

2) Zur Vermeidung von Härten wird übergangsweise ein **Ausgleich** nach dem 2. HStruktG gewährt. Voraussetzung ist, daß das Beamtenverhältnis vor dem 01. 01. 66 begründet worden ist.

Dieser Ausgleich beläuft sich auf 8/12 des Unterschieds zwischen der Regelung nach altem und neuem Recht, wenn Versorgungsbezug und Rentenbezug erstmals im Jahr 1985 zusammentreffen. Er verringert sich jeweils um die Hälfte der allgemeinen Erhöhungen der Versorgungsbezüge und um den vollen Betrag jeder sonstigen Erhöhung der Versorgungsbezüge, ferner bei einer Rentenverminderung.

Der einmal gewährte Ausgleich verringert sich jedoch nicht jedes Jahr um 1/12, wie mitunter fälschlich angenommen wird. Die Zwölfstelregelung ist nur maßgeblich für die erstmalige Festsetzung des Ausgleichs.

Treffen Versorgungsbezüge und Rente 1986 oder später erstmals zusammen, ist der Ausgleich festzusetzen:

1986 auf 7/12
1987 auf 6/12
1988 auf 5/12
1989 auf 4/12
1990 auf 3/12
1991 auf 2/12
1992 auf 1/12

Wenn Versorgungsbezug und Rente 1993 oder später erstmals zusammentreffen, wird kein Ausgleich gewährt.

Die festgesetzten Ausgleichsbeträge müssen 1993 noch nicht in jedem Fall aufgezehrt sein. Einige sind es jedoch schon heute.

3) Die Renten sind ihrerseits in gewisser Weise von der beamtenrechtlichen Versorgung abhängig.

Bei der Berechnung der Renten werden Ersatz-, Ausfall- und Zurechnungszeiten nicht berücksichtigt, soweit diese Zeiten bei den Versorgungsbezügen zugrunde gelegt sind oder werden. Das gilt jedoch nur bei Beamtenverhältnissen, die vor dem 01. 01. 1966 begründet worden sind (vgl. § 1260 c der Reichsversicherungsordnung, § 37 c des Angestelltenversicherungsgesetzes). Bei diesen Beamtenverhältnissen wirken sich die Ersatz-, Ausfall- und Zurechnungszeiten damit **nur bei den Versorgungsbezügen** zugunsten der Betroffenen aus.

Anders bei den Beamtenverhältnissen, die nach dem 31. 12. 65 begründet worden sind. Hier wirken sich die genannten Zeiten in der Regel im Ergebnis im wesentlichen **nur bei den Renten** zugunsten der Betroffenen aus. Die Renten- und damit die entsprechenden Rententeile aufgrund der erwähnten Zeiten, werden bei der Versorgung berücksichtigt und führen meist zu einer Kürzung der Versorgungsbezüge, so daß der Vorteil durch die bezeichneten Zeiten bei der Versorgung ganz oder teilweise entfällt.

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. – Der Bundesvorstand – Postfach 10 22 25, 6000 Frankfurt/Main 1

Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH, Am Hermannsberg 5, 7768 Stockach

Verantwortliche Redakteure:

Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt 50, Tel. (069) 57 16 55; Werner Zok, 4040 Neuss 1, Tel. (0211) 44 90 751; Kurt Wetzlar, 6236 Eschborn, Tel. (06196) 48 21 21, Mo. u. Mi. bis Fr. v. 9.00 bis 10.00 Uhr.

Abschlußredaktion: W. Hörle

Bezugspreis: (DM 1,60) – für die Mitglieder durch den Beitrag abgegolten. Die Zeitung erscheint vierteljährlich, gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der **VDFP** oder der **Redaktion** dar.

★ **Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 14. 09. 1987** ★



# Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Ausgabe 3 / 1987

22. Jahrgang

## Neuordnung der Telekommunikation

Seite 2

**Gründung der  
Bezirksvereinigung  
Nordrhein**

Seite 3

**Informationsgespräch  
zwischen d. Vorständen  
der VDFP und des VDPI**

Seite 3

**Bewertungsausgleich im  
Bemessungsbereich  
383 FeV**

Seite 4

**Aus den Bezirken**

Bezirk Freiburg  
Bezirk Franken  
Bezirk Dortmund  
Bezirk Nordbaden

Seite 4/5

**Aus den  
Arbeitskreisen**

Seite 6

**Post-Techniker  
organisieren sich**

Seite 6



*Siemens-Pressbild*

Eine Zeitspanne von 100 Jahren liegt zwischen dem Telefon oben, mit dem man anno 1887 bestenfalls über 75 Kilometer "fernsprechen" konnte, und dem Terminal unten, das heute die Übermittlung von Sprache, Texten, Daten und Bildern über nur einen Anschluß und dieselbe Leitung möglich macht. Immerhin gab es auch schon vor 100 Jahren eine Auswahl verschiedener Telefonapparate, wie aus einem ersten Prospekt der Firma Siemens & Halske hervorgeht.

# Neuordnung der Telekommunikation

## Regierungskommission Fernmeldewesen hat ihren Bericht am 16. 09. 1987 vorgelegt.

Der Vorsitzende der Regierungskommission, Professor Dr. Witte, hat vor wenigen Tagen das Abschlußgutachten an den Bundeskanzler übergeben. Auftragsgemäß hat die Kommission hierin ihre Vorstellungen zur künftigen Gestaltung des Telekommunikationsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland niedergelegt. Ihre Empfehlungen beziehen sich entsprechend der Aufgabenstellung im wesentlichen nur auf das Fernmeldewesen.

Es ist beabsichtigt, bis Anfang 1988 die Regierungsvorlage für die Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens zu erstellen. Bis Mitte 1988 ist vorgesehen, die erforderlichen gesetzlichen Anpassungen an das Postverwaltungsgesetz und an das Fernmeldeanlagen-gesetz im parlamentarischen Raum zu verabschieden, so daß die Neuordnung mit ersten Schritten Anfang 1989 in Kraft treten kann.

Die Entwicklung des Fernmeldewesens befindet sich derzeit weltweit in einem tiefgehenden Umbruch. Die traditionellen Fernmeldedienste, die über Jahrzehnte das Fernmeldewesen bestimmt haben, nähern sich deutlich einer Sättigungsgrenze. Daneben entstehen neue Märkte für erweiterte oder neuartige Übertragungsdienste (zum Beispiel Telefondienst mit besonderen Komfortmerkmalen und erhöhter Sprachqualität, Bildtelefon etc.).

Die deutlichsten Wachstumschancen liegen jedoch in Bereichen, in denen Telekommunikationsdienste, Dienstleistungen der Informationsverarbeitung und Serviceleistungen zusammenfließen und neuartige intelligente elektronische Dienstleistungen bilden. Die Telekommunikation bildet an einem solchen Dienstleistungsprodukt nur noch den Anteil des Vertriebsweges. Insofern wandelt sich der Telekommunikationsmarkt zunehmend zu einem Markt elektronischer Dienstleistungen.

Die von der Regierungskommission vorgeschlagenen 47 Empfehlungen zielen nach Vorstellungen des Bundespostministers in die richtige Richtung.

Als Startpositionen für die Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens sind folgende Punkte zu nennen:

- Grundsätzliche Aufrechterhaltung der Netzträgerschaft der Deutschen Bundespost
- vorläufige Aufrechterhaltung des Monopols am Telefondienst, das heißt an der einfachen Sprachübertragung
- Einführung des freien Wettbewerbs bei allen Endgeräten mit chancengleicher Beteiligung der Deutschen Bundespost
- Eröffnung des Wettbewerbs bei allen Telekommunikationsdiensten mit Ausnahme des Telefondienstes

### Fernmeldenetze

Am Netzmonopol der Deutschen Bundespost soll grundsätzlich festgehalten werden, da sich hierin die besondere Infrastrukturverpflichtung des Fernmeldewesens äußert. Nur wenn eine einheitliche, für alle zugängliche Netzinfrastruktur vorhanden ist und nach den Möglichkeiten der Technik weiterentwickelt wird, sieht der Bundespostminister auch in Zukunft die chancengleiche Nutzung der Informations- und Kommunikationsdienste für alle Anwendergruppen und Regionen.

Mit der Aufrechterhaltung des Netzmonopols ist nicht von vornherein ausgeschlossen, daß bestimmte neue technische Systeme, die die kabelgebundene Infrastruktur der Deutschen Bundespost zielgruppenspezifisch ergänzen, auch der privaten Initiative offenstehen. Man denkt hier an die Kommunikation in Mobilfunknetzen und an die Individualkommunikation über Satellitensysteme.

### Fernmeldedienste

Die wohl schwierigste Aufgabe der Kommission bestand darin, im Bereich der Telekommunikationsdienste zu einer stabilen Arbeitsteilung zwischen staatlicher und privater Betätigung zu gelangen.

Der Bundespostminister befürwortet die Empfehlung der Kommission, den Telefondienst auf Grund seiner besonderen Infrastrukturbedeutung weiterhin im Monopol zu belassen, auch wenn längerfristig durch die Integration im ISDN die Sprachkommunikation mit anderen Kommunikationsformen verschmelzen kann. Diese Frage soll jedoch erst dann angegangen werden, wenn konkrete Erfahrungen über die Ausbreitungsgeschwindigkeit und die Wirkungen des ISDN vorliegen.

Alle Telekommunikationsdienste, die über die einfache Sprachübermittlung – das heißt den Telefondienst – hinausgehen, sollten zukünftig auch dem Angebot durch Private offenstehen. Die Deutsche Bundespost sollte dafür die Freiheit erhalten, nach eigener unternehmerischer Entscheidung sich chancengleich auch bei neuartigen Mehrwertdiensten zu beteiligen.

### Endgeräte

Wesentlich einfacher erscheinen dem Bundespostminister die ordnungspolitischen Regelungen für den Endgeräte-markt zu sein. Der internationalen Praxis folgend, sollte hier der freie und faire Wettbewerb zwischen der Deutschen Bundespost und anderen Anbietern gelten – ohne Quotenregelung und ohne sonstige Beschränkung.

### Strukturelle Aspekte

Eine Reform des Post- und Fernmeldewesens muß sich über die ordnungspolitischen Fragestellungen hinaus auch sehr intensiv mit der zweckmäßigsten Gestaltung der Deutschen Bundespost befassen. Der Bundespostminister hat wiederholt betont, daß die Deutsche Bundespost auch in Zukunft eine Einheit bilden soll. Die Vorteile, die sich aus dem engen Zusammenwirken von Post- und Fernmeldewesen sowie Postbankdiensten ergeben, müssen erhalten und ausgebaut werden. Die Möglichkeit des Finanzausgleichs zwischen diesen Bereichen muß auch weiterhin gegeben sein.

Die Regierungskommission Fernmeldewesen hat mit ihren Empfehlungen zur Aufgliederung der hoheitlichen und betrieblichen Aufgaben, der Aufgliederung des Post- und Fernmeldewesens und mit ihren Vorschlägen zur Flexibilisierung im Personalwesen und in der Gestaltung der Geschäftsbedingungen der Deutschen Bundespost interessante Akzente gesetzt.

Der Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen dient als Grundlage für die Erstellung der Regierungsvorlage.

**Die VDFP wird nach Erstellung der Regierungsvorlage eine Stellungnahme zur Neuorganisation im Fernmeldewesen vorlegen.**

Zur Zeit ist eine endgültige Aussage seitens des Bundesvorstandes noch nicht möglich.

Die VDFP ist jedoch der Auffassung, daß bei den Überlegungen des Bundespostministers im Zusammenhang mit einer noch zu erstellenden Regierungsvorlage drei Minimalforderungen berücksichtigt werden müssen:

### 1. Keine Trennung der bestehenden Einheit Post- und Fernmeldewesen:

Bei der Trennung von Post- und Fernmeldewesen muß man mit einer Privatisierung eines lukrativen Dienstzweiges rechnen.

Alle bisherigen Privatisierungsvorhaben bei vergleichbaren Organisationseinheiten in Europa haben zu negativen Ergebnissen geführt.

### 2. Beibehaltung des bestehenden Netzmonopols der DBP

Das bestehende Netzmonopol der DBP muß beibehalten werden. Nur hierdurch können langfristig eine gleichbleibende Dienstgüte, eine teilnehmerfreundliche Gebührenpolitik und eine Arbeitsplatzgarantie für bestehende und künftige Arbeitsposten gewährleistet werden.

### 3. Die DBP muß künftig im Endgerätemarkt als Mitanbieter auftreten

Alle bisherigen Endgeräte – außer dem Fernsprechnetzanschluß – werden derzeit von privaten Fernmeldefirmen angeboten.

Soll eine Chancengleichheit erreicht werden, muß die DBP künftig die Möglichkeit erhalten, als Anbieter auf dem gesamten Endgerätemarkt aufzutreten.



## Gründung der Bezirksvereinigung Nordrhein

Am 23. September 1987 fand im Unterrichtsraum des Fernmeldedienstgebäudes in Gummersbach eine Informationsveranstaltung der VDFP für alle Kollegen des mittleren technischen Dienstes im Bereich der OPD Köln statt.

Der Stellvertretende Bundesvorsitzende Franz Roschkowski hielt ein Referat zum Thema: „Sinn, Zweck und Ziele der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post“. Hierin erklärte er, daß nach Auffassung der VDFP die Entwicklung der Telekommunikation in den letzten Jahren durch die besonderen Laufbahnstrukturen der Deutschen Bundespost behindert wird. „Man kann“, so sagte er, „die Technik von morgen nicht mit den Dienstrechtvorschriften von gestern betreiben.“ Deshalb fordere die VDFP eine Abkehr vom bestehenden starren Laufbahnsystem durch:

- Umgehende Einführung einer Technikerlaufbahn mit Kräften des mittleren technischen Dienstes
- Neuordnung der Tätigkeiten zu den Laufbahnen
- Angleichung des Bewertungsschlüssels an vergleichbare Schlüssel der Länder und Kommunen
- Einführung einer analytischen Dienstpostenbewertung

Nach Ansicht der VDFP muß sich die Erkenntnis durchsetzen, daß der Mensch die Technik beherrscht, die umgekehrte Situation darf nicht eintreten. Die Einführung neuer Techniken darf nicht Selbstzweck werden, das würde nur

die in weiten Kreisen der Bevölkerung vorherrschende Technologiefeindlichkeit fördern. In der nachfolgenden Diskussion wurden noch weitere Fragen zur Arbeit der VDFP erörtert.

Bei der anschließenden Wahl des 1. Bezirksvorstandes der

### „Bezirksvereinigung Nordrhein“

(für den Bezirk der OPD Köln) wurden folgende Kollegen gewählt:

Bezirksvorsitzender:

Klaus Nawrocki FA 3 Köln, DSt FeV  
Tel.: (02261) 8 02 26

Stellvertretende Bezirksvorsitzende:

Rainer Schöbe FA 3 Köln, DSt FeV  
Tel.: (02295) 63 33

Klaus Tessmann FA 3 Köln, DSt FeV  
Tel.: (02266) 63 02

Schriftführer:

Rolf Kollenberg FA 3 Köln, DSt DE/F1/FeÜ  
Tel.: (02261) 8 03 75

Stellvertretender Schriftführer:

Walter Ossendorf FA 3 Köln, DSt BF  
Tel.: (0221) 82 91-64 94

Kassierer:

Günther Simon FA 3 Köln, DSt FeV  
Tel.: (02261) 8 02 26

Stellvertretender Kassierer:

Wolfgang Arndt FA 3 Köln, DSt FeV  
Tel.: (02261) 8 02 26

Beisitzer:

Rolf Hahne FA 3 Köln, DSt FeE  
Tel.: (02261) 2 70 74

Der VDFP-Bundesvorstand und die VDFP-Nachrichten-Redaktion wünschen der neuen Bezirksvereinigung Nordrhein viel Erfolg für die kommenden Tätigkeiten und den weiteren Ausbau der Bezirksvereinigung.



## Informationsgespräch zwischen den Vorständen der VDFP und des VDPI

Am 24. 09. 87 fand in Bonn ein Informationsgespräch zwischen den Vorständen des VDPI und der VDFP statt.

Anwesend waren vom VDPI der Bundesvorsitzende Dipl.-Ing. Noeske, der Stellvertretende Bundesvorsitzende Dipl.-Ing. Klaus Müller sowie der Bundesgeschäftsführer Dipl.-Ing. Helmut Müller; von der VDFP der Bundesvorsitzende Peter Behrend sowie die Bundesvorstandsmitglieder Kurt Wetzlar und Willy Mager.

Die Gesprächspunkte zwischen beiden Vorständen waren:

- Aufstieg für besondere Verwendung
- Funktionsgruppenregelung BFt
- Neuordnung der Tätigkeiten zu den Laufbahnen im Grenzbereich BFt/CFt
- Abgrenzung zwischen den Laufbahnen BFt/CFt
- Neuorganisation der technischen Laufbahnen bei der Deutschen Bundespost

Nach einer sachlichen Diskussion zu den vorgenannten Punkten haben beide Vorstände vereinbart, in unregel-

mäßigen Abständen weitere Informationsgespräche durchzuführen.



## Bewertungsausgleich im Bemessungsbereich 383 FeV

Der VDFP-Arbeitskreis FeV hat in seinen Untersuchungen die bestehende Bewertungssituation im Fachbereich 383 FeV scharf kritisiert.

Auch der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß die Bewertung in diesem Bemessungsbereich sozialfeindlich ist und hat deshalb nachstehendes Schreiben an das BPM gerichtet:

„In Anträgen aus unseren Bezirksvereinigungen zu den Aufgabenträgernummern 383 45, 383 41 und 383 11 spiegelt sich die schwindende Berufserwartung dieser Kräftegruppen wider.

So ist insbesondere im Bemessungsbereich 383 FeV die Klage junger BFt-Kräfte zu hören, daß sie nach der Dienstpostenübertragung nach A 6 in vielen Fällen erst nach 10 Jahren einen Dienstposten A 7 erhalten, dies trotz mehrfacher Bewerbungen.

Die VDFP mußte feststellen, daß jede Maßnahme zur Verringerung der Kräftegruppen weitere ungünstige Auswirkungen im Bewertungsschlüssel hat und somit die Berufserwartungen schmälert.

Die jungen Beamten des mittleren technischen Dienstes, welche die Einkommensverluste durch die Übernahme in das Beamtenverhältnis noch nicht verkräftet haben, stehen oft vor der Frage:

„Kann ich eine Familie gründen und sind Kinder für mich verantwortbar?“

Diese Fragestellung ergibt sich allein aus materieller Sicht, zumal dann, wenn der Partner nicht weiterhin den Familienaufwand aus eigener Tätigkeit mitfinanzieren kann.

Wir Fernmeldetechniker haben bisher bewiesen, daß wir für die Einführung neuer Kommunikationssysteme stets offen sind. Wir meinen aber, daß die Digitalisierung der Fernsprechvermittlungstellen nicht der Anlaß sein darf, eine kinder- und familienfeindliche Einkommensentwicklung durch verringerte Beförderungschancen festzuschreiben.

Die VDFP ist daher der Auffassung, daß der geschilderten Situation nur durch einen Bewertungsausgleich entgegenwirkt werden kann.

Hierzu machen wir die nachstehenden Vorschläge:

### 1. Aufgabenträgernummer 383 45 (Betriebskräfte BFt OVSt)

von A 8 : A 7 : A 5/6      auf A 8 : A 7 : A 5/6  
24 28 48                      26 38 36

Aufgrund mangelnder Beförderungsmöglichkeiten bei der Dienststelle FeV herrscht eine hohe Fluktuation durch Fortbewerbungen.

Bei den Beförderungserwartungen nach Dienstposten A 7 hat die Kräftegruppe BFt gegenüber der Kräftegruppe BF eine doppelte Wartezeit. Dieser Negativtrend wird durch lineare Kürzungen noch vergrößert. Der Bewertungsschlüssel bei den Aufgabenträgern BFt hat einen der höchsten Anteile A 5/6 im gesamten Ft-Bereich.

### 2. Aufgabenträgernummer 383 41 (Betriebskräfte BFt FernVSt)

von A 8 : A 7 : A 5/6      auf A 8 : A 7 : A 5/6  
30 38 32                      35 40 25

Die Vielfältigkeit der Prüftechnik und die Einführung neuer Dienste stellt erhöhte Anforderungen an die Kräftegruppe BFt. Die bei der Aufgabenträgernummer 383 45 vorgebrachten Argumente wie hohe Fluktuation, lineare Kürzungen und hoher A 5/6-Anteil treffen auch hier zu.

### 3. Aufgabenträgernummer 383 11 (TBA)

von A 9 : A 8                      auf A 9 : A 8  
25 75                                  50 50

Durch die hohe Fluktuation sind die TBA in der Einweisung und der Unterrichtung der Kräftegruppen stärker belastet. Durch die weitere Personalverringerung sind Entscheidungen der TBA von besonderer Abhängigkeit zur Steuerung des Betriebsgeschehens durch die zeitliche und örtliche Festlegung der Instandhaltungsaufgaben. Mit der abnehmenden Betriebskräftezahl (im Verhältnis zur Erhöhung der technischen Einrichtungen) kommt der TBA besondere Verantwortung zu.

Die Kürzung in der Dienststelle BF wirkt sich für die TBA mit zusätzlichen Ab- und Übernahmetätigkeiten aus.

Die DIV-Einführung wird die absolute Zahl der Dienstposten A 9 bei FeV verändern.

Im Interesse der jungen BFt-Beamten sehen wir auch die Fürsorgepflicht des Dienstherrn im Sinne einer besseren familienfreundlichen Einkommensentwicklung gefordert.“

## Aus den Bezirken

### Bezirk Freiburg

#### Erinnerungstreffen der ehemaligen VDFP-Bezirksvereinigung Südwestdeutschland–Hohenzollern.

Zum ersten Mal seit rund 10 Jahren trafen sich die Kollegen des ehemaligen VDFP-Bezirks „Südwestdeutschland - Hohenzollern“. Der VDFP-Bezirk wurde nach Auflösung der OPD Tübingen aufgeteilt. Das FA Reutlingen und das FZA Rottburg wurden dem VDFP-Bezirk Nordwestdeutschland angegliedert. Die Kollegen der FÄ Ravensburg und Rottweil gründeten mit den Kollegen der FÄ Konstanz, Offenburg und Freiburg am 26. April 1979 den VDFP-Bezirk Freiburg.



Die „Alt Tübinger“

Foto: Baur (Rottweil)

Eine fachkundige Führung mit vielen technischen Erläuterungen über die Technik der im Fernmeldeturm Deilingen (auf dem Wandbühl) installierten Großsendeanlage rundete das Treffen ab.



## Bezirk Franken

### Jahreshauptversammlung der Ortsvereinigung Bad Kissingen

Am 2. Juni 1987 fand in der Kantine des FA Bad Kissingen die Jahreshauptversammlung der Ortsvereinigung Bad Kissingen statt.

Als Gäste waren der Stellvertretende Bundesvorsitzende Josef Rieger und Vertreter des Bezirksvorstandes Franken anwesend.

In einem Vortrag über aktuelle Probleme des mittleren technischen Dienstes forderte Rieger von der Verwaltung die baldige Vorlage eines Ausbildungskonzeptes für den mittleren technischen Dienst. Nach Beendigung der Erstausbildung (Kommunikationselektroniker der Fachrichtung Telekommunikation) sollte nach seiner Auffassung die nachfolgende Weiterbildung (BfT-Ausbildung) dem Status eines Technikers der staatlichen Technikerschulen entsprechen.

Bei den Neuwahlen des OV-Vorstandes wurden folgende Kollegen gewählt:

1. Vorsitzender	Karl-Heinz Ziegler (FeV)
2. Vorsitzender	Konrad Hartlieb (FeV)
1. Schriftführer	Albert Laudensack (FeE)
2. Schriftführer	Engelbert Lang (FeV)
Beisitzer sind die Kollegen:	W. Wagner, A. Beck, T. Erhart und W. Sell

Dem wegen Pensionierung scheidenden Vorsitzenden Walter Wagner wurde vom Bezirksvorstand Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Kollege Wagner ist seit 31 Jahren Mitglied der VDFP und wird als Beisitzer auch zukünftig aktiv an der VDFP-Arbeit teilnehmen.



## Bezirk Dortmund

### Erweiterte Bezirksvorstandssitzung

Am 14. September 1987 trafen sich in Dortmund die Mitglieder des erweiterten Bezirksvorstandes zu einer turnusmäßigen Arbeitstagung. Vertreten waren Kollegen der FÄ Bochum, Hagen, Meschede und Siegen sowie die FÄ 1 und 2 Dortmund.

Nach der Begrüßung und der Eröffnung der Sitzung sprach der Bezirksvorsitzende Franz Roschkowski ausführlich über die Themen:

- Laufbahnabgrenzung BfT / CFt
- Quoten der Verwendungsaufsteiger
- Neuausschreibungen A 9 Z
- Regierungskommission Fernmeldewesen

Die bis zum Sitzungstag bekannten Fakten des Berichts der Regierungskommission (dieser wurde offiziell am 16. 09. vorgelegt) lösten eine lebhafte Debatte aus. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß das Post- und Fernmeldewesen in seiner Gesamtheit bei der Deutschen Bundespost erhalten werden sollte. In der jetzigen Organisationsform hat der Fernmeldedienst der Deutschen

Bundespost Welt-Spitzenstellung erreicht. Was die Zukunft bringt und wie sich die Tarife der gelben Post nach einer Trennung vom Fernmeldewesen gestalten werden, ist noch nicht zu übersehen. Volkswirtschaftlich muß also alles versucht werden, um eine Trennung der „gelben“ von der „grauen“ Post zu verhindern.



## Bezirk Nordbaden

### Ortsvereinigung Mannheim

Eine Informationsveranstaltung „Vortrag ISDN und Vorführung von Endgeräten“ war der Auftakt zur Jahreshauptversammlung der Ortsvereinigung Mannheim am 14. 05. 87.

In seiner Eröffnungsrede begrüßte der Bezirksvorsitzende Karl Seidler Dipl.-Ing. Lühmann von der Dienststelle FeV-DIV-ISDN des FA Mannheim und das Mitglied des Bundesvorstandes Jürgen Berger aus Heidelberg.

ISDN-Einrichtungen sind beim FA Mannheim seit Februar '87 als Pilotprojekt mit ca. 30 örtlichen Anschlüssen und über Verbindungsleitungen mit Teilnehmern in Darmstadt und Berlin in Betrieb. Die weitere Anschaltung von ca. 400 Teilnehmern ist ab etwa Juli/August '87 möglich.

Dipl.-Ing. Lühmann ging in seinem Referat auf das universelle diensteintegrierende digitale Fernmeldenetz ein, dabei stellte er besonders die Anschlußmöglichkeiten der Endgeräte heraus.

Die Neuerung gegenüber dem digitalen Fernsprechnetz (DIV-O, DIV-F) besteht im wesentlichen darin, daß beim ISDN auch die Teilnehmeranschlußleitung digitalisiert ist. Mit ISDN wird eine neue Generation von Fernmeldediensten geschaffen, die eine Vielfalt neuer Möglichkeiten bietet: ISDN -Fernsprechen, -Teletex, -Telefax, -Textfax, -Datenübermittlung, -Bildschirmtext und -Bildübermittlung. Außerdem können grundsätzlich alle Dienste übernommen werden, die mit einer Bitrate von 64 kbit/s übertragbar sind; insbesondere jene Dienste, die im analogen Fernsprechnetz angeboten werden. Hierzu gehören Fernsprechen, Datenübertragung, Fernkopieren sowie der Zugang zum Bildschirmtext.

Nach dem Vortrag wurden im Demonstrationsraum des FA Mannheim die angeschlossenen Endgeräte vorgeführt. Eine Führung durch die DIV-VSt mit vielen Erklärungen zu den technischen Einrichtungen rundete diesen Teil der Tagung erfolgreich ab. Die Teilnehmer waren sich darin einig, daß mit ISDN ein neuer Zeitabschnitt der Kommunikation begonnen hat.

In der nachfolgenden Jahreshauptversammlung ging der Vorsitzende Karl Seidler auf die markanten Punkte und Aktivitäten der vergangenen Wahlperiode ein.

Als sehr wichtig bezeichnete er das jährliche Informationsgespräch des OV-Vorstandes mit der Amtsleitung sowie des Bezirksvorstandes mit der Oberpostdirektion. Diese sind für die Verbesserung der Kontaktpflege und der Darstellung der Situationen des BfT/BPt-Dienstes von großem Nutzen.

Ferner stellte er heraus, daß alle positiv zu wertenden Ergebnisse der VDFP jeweils Forderungen verschiedener Ortsvereinigungen sind, die in den Bezirken koordiniert und durch persönlichen Einsatz des Bundesvorstandes bei den jeweils zutreffenden Institutionen eingebracht wurden. Er sagte: „Nur wenn die Bezirke und der Bundesvorstand

durch die Ortsvereinigungen unterstützt werden, können auch weiterhin Erfolge erreicht werden."

Die künftige Gestaltung der BfT-Laufbahnen betrifft vor allem die jungen Kollegen. Deshalb forderte Karl Seidler, die vom Bundesvorstand aktivierte Aktion „Junge Beamte“ mit allen Mitteln zu unterstützen, damit ein Arbeitspapier mit hoher Aussagekraft erstellt werden kann.

Zum Schluß wünschte Karl Seidler dem künftigen Vorstand, daß die Arbeit auch von jüngeren Kollegen wesentlich stärker mitgetragen wird.

## Aus den Arbeitskreisen

### Arbeitskreis Junge Beamte

#### Erste Ergebnisse der Fragebogenaktion

Die VDFP hatte im Frühjahr 1987 eine Fragebogenaktion „Junge Beamte“ gestartet, die als Grundlage für einen Situationsbericht der jüngeren Kräfte des mittleren technischen Dienstes Fakten ermitteln sollte (siehe auch VDFP-Nachrichten, Ausgabe 1/87).

„Ungünstige Altersstrukturen; Kürzungen bzw. Festschreibungen vorhandener Dienstposten lassen die Beförderungsaussichten mehr als ungünstig erscheinen!“ So lautet eine von zahlreichen Antworten, mit denen die Beförderung- und Berufsaussichten im mittleren technischen Dienst unbefriedigend beurteilt werden.

Die Resonanz auf die „Fragebogenaktion Junge Beamte“ muß erfreulicherweise als gut bezeichnet werden.

Mehr als die Hälfte aller ausgegebenen Fragebogen wurden korrekt ausgefüllt dem Bundesvorstand bzw. dem Arbeitskreis zurückgegeben.

Zur Zeit werden die Ergebnisse der Fragebogenaktion ausgewertet. Folgende Erkenntnisse lassen sich schon jetzt feststellen:

Für die kommenden zwei Jahre wurden folgende Kollegen in den Vorstand der Ortsvereinigung gewählt:

1. Vorsitzender:	Reinhard Schatz	DSt BBz 27
Stellvertretender Vorsitzender:	Peter Hamm	DSt Dv
1. Schriftführer:	Karl-Dieter Elfner	DSt BBi
2. Schriftführer:	Bernd Elser	DSt FI

- Für die Zulassung zur Laufbahnprüfung BfT (Einweisung auf einen Dienstposten A 5/6) mußten ca. 67 v.H. der Befragten einen Wechsel der Dienststelle vornehmen.

- 75 v.H. der von einem Dienststellenwechsel Betroffenen mußten gleichzeitig den Fachbereich wechseln und 15 v.H. hiervon wechselten den Dienstort.

- 60 v.H. der Befragten sind derzeit auf einem Dienstposten A 7 eingewiesen.

- Bei Dienstpostenausschreibungen führte in der Regel erst die dritte Bewerbung zum Erfolg (65 v.H. der Befragten mußten bis zu drei Bewerbungen abgeben.)

- Vier v. H. der Befragten, die Inhaber eines Dienstpostens A 8 sind, erreichten diese Dienstposten mit der zweiten Bewerbung.

Nach erfolgter Auswertung aller vorliegenden Fragebogen werden wir ausführlich berichten.

★ ★ ★

## Arbeitskreis BBi

Der Leiter des Arbeitskreises BBi, Kollege Lorenz, ist telefonisch unter folgender Rufnummer zu erreichen:  
(0421) 300-9358.

## Post-Techniker organisieren sich

**cg. Aus dem Kreis.** Die Bezirksvereinigung Nordrhein der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (VDFP) wurde kürzlich in Gummersbach gegründet. Die Fernmeldetechniker der Post wählten Klaus Nawrocki von Fernmeldebezirk Gummersbach zum Bezirksvorsitzenden der Organisation, heißt es in einer Pressemitteilung.

Die VDFP befaßt sich mit berufspolitischen Problemen des mittleren technischen Dienstes der Bundespost. Nach Auffassung der VDFP wird die Entwicklung der Telekommunikation durch besondere

Laufbahnstrukturen behindert. Technik von morgen bei Dienstrechtsvorschriften von gestern, ist die Kurzformel der VDFP.

Die VDFP fordert die Abkehr vom starren Laufbahnsystem. Es müsse sich die Erkenntnis durchsetzen, daß die Technik vom Menschen beherrscht werden muß. Nicht die umgekehrte Situation dürfe eintreten. Neue Techniken dürften nicht zum Selbstzweck werden, da sie unter diesem Aspekt nur eine Technologiefeindlichkeit fördern würden, heißt es

*Oberbergisches Anzeigen-Echo  
vom 2. 10. 1987*

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.  
— Der Bundesvorstand —  
Postfach 10 22 25,  
6000 Frankfurt/Main 1

Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH  
Am Hermannsberg 5  
7768 Stockach 1

Verantwortliche Redakteure:  
Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt 50, Tel. (069) 57 16 55;  
Werner Zok, 4040 Neuss 1, Tel. (0211) 44 90 751;  
Kurt Wetzlar, 6236 Eschborn, Tel. (06196) 48 21 21,  
Mo. u. Mi. bis Fr. v. 9.00 bis 10.00 Uhr.  
Abschlußredaktion: W. Hörle

Bezugspreis: (DM 1,60) — für Mitglieder durch den Beitrag abgegolten. Die Zeitung erscheint vierteljährlich, gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP oder der Redaktion dar.